

*Siegfried Beer***EDITORIAL****BAHNT SICH EINE NEUE SICHERHEITSDOKTRIN
DER HYPERMACHT USA AN?****Siegfried Beer,**

Mag. et Dr. phil., geboren 1948 in Scheibbs, Niederösterreich, ist Professor für Allgemeine Neuere und Allgemeine Zeitgeschichte an der Karl-Franzens-Universität Graz. Er fungiert auch als Leiter des Botstiber Instituts für österreichisch-amerikanische Studien.

Kontakt: siegfried.beer@uni-graz.at

Die einzigen Wahlen, die wirklich die ganze Welt beachtet, sind also geschlagen. HistorikerInnen der amerikanischen Demokratie, insbesondere der US-Präsidentschaft und der US-Bundeswahlen, wussten es schon Monate vor dem 6. November 2012: Barack Obama ist praktisch unschlagbar, denn ein analytischer Scharfblick auf die diesbezüglichen historischen Erfahrungen beweist, dass amtierende Präsidenten, die in der ersten Periode ihrer Administration keine gravierenden Fehler gemacht haben, regelmäßig mit Wiederwahl belohnt werden. Freilich, gerade auch die Geschichte kennt ihre Ausnahmen, z. B. George H.W. Bush, der (nur) ein zentrales Wahlversprechen des Wahlkampfes 1987 („read my lips, no new taxes“) mutig und aus staatspolitischer Verantwortung gebrochen hatte und dafür vom Wähler zu Gunsten Bill Clintons bitterlich abgestraft wurde.

Und wie erinnerlich, der Kandidat Obama hatte im langen Wahlkampf 2007 unter dem Motto: „Yes, we can (do it)“ sehr viel versprochen. Doch er überließ nichts dem Zufall. Schon ab Frühjahr 2008 plante er seine Wiederwahl und ließ sich von ausgewählten HistorikerInnen beraten, worauf es denn bei einer nach geschichtlichen Kriterien erfolgreichen Präsidentschaft ankäme bzw. was für die erfolgreiche Wiederwahl von US-Präsidenten in der Vergangenheit ausschlaggebend gewesen wäre.¹ Es hat nach meiner Einschätzung amerikanischen Präsidenten noch nie geschadet, sich an historischer Erfahrung, egal wie weit zurückreichend, zu orientieren. Es könnte also

gar nicht so selten vorgekommen sein, dass auch US-WählerInnen sich in ihrer Entscheidung von Geschichte haben leiten lassen.

So hat es fürwahr den Anschein, als ob über die jüngsten Bundeswahlen der Souverän, also die WählerInnen in den 50 Einzelstaaten und im District of Columbia, Barack Obama den Auftrag gaben, die Versprechen des Wahljahres 2007, sozusagen zeitversetzt, in der zweiten Amtszeit umzusetzen: Beschäftigungswachstum, Finanzreform (Wall Street), Gesundheitsreform, Steuerreform und wohl auch Reduzierung der US-Haushaltsausgaben.² Allerdings haben die gleichzeitigen Kongresswahlen die Mehrheitsverhältnisse in Washington kaum verändert. Es wird daher viel Geschick notwendig sein, das Patt zwischen den beiden Großparteien – die Amerikaner nennen das „gridlock“ – im Sinne längst nötiger Reformen aufzubrechen.³

Die Europäer müssten die Auswirkungen des Obama-Sieges auf die internationale Politik besonders interessieren, denn auch hier scheint ein gravierender Wandel bevorzustehen. Längst befindet sich nämlich auch das internationale Staatensystem „in gridlock“, weil dessen Pfeiler, die drei einzig real existierenden globalen Mächte, in die Krise geraten sind: Amerika in eine Finanz- und Beschäftigungskrise; China in eine Wirtschafts- und Führungskrise und die Europäische Union vielleicht sogar in eine Existenzkrise. Russland erscheint momentan auf den Status einer immerhin energiebegünstigten Regionalmacht reduziert. Von den

drei systemtragenden Mächten steht Amerika relativ noch am besten da, unangefochten in Stärke und Ausstattung, vor allem aber psychologisch. Dennoch, Amerika wird die Grundstruktur des internationalen Systems der letzten 20 Jahre, dem die Wissenschaft bis heute noch keine allgemein akzeptierte Bezeichnung geben konnte, nicht eigenständig bewahren können.⁴ Es ist ernsthaft zu befürchten, dass Europa sich auf dem nach rückwärts gewandten Weg in die alte Politik von auf vornehmlich nationale Interessen fixierten Einzelnationalstaaten befindet, wie im 19. Jahrhundert und eigentlich bis 1939. China wird sich wieder einmal mehr nach innen richten (müssen), und Amerika wird – wie schon in der Zwischenkriegszeit des 20. Jahrhunderts – hauptsächlich zusehen, diesmal jedoch aus einer Position der global abgesicherten und unbedrohten militärischen Stärke.⁵ Der Krieg gegen Terror(isten) scheint gewonnen und Washington wird seine außengerichteten ökonomischen wie auch seine militärstrategischen Interessen überdenken (müssen).

Diese neue militär- und außenpolitische Doktrin ist in Umrissen längst erkennbar und in Ansätzen auch schon ausformuliert.⁶ Das (nicht ganz so neue) Schlagwort heißt: „Selective or Controlled Engagement“. Es basiert auf den Lektionen der jüngsten Geschichte: Afghanistan, Irak, Libyen und momentan Iran und Ägypten. George Friedman vom amerikanischen think-tank Strategic Forecasting (Stratfor)

spricht von zwei grundlegenden Erkenntnissen: „First. Campaigns designed to topple brutal dictators do not necessarily yield better regimes. [...] Second. The world does not necessarily admire interventions for the sake of human rights.“⁷

Diese Lektionen werden bereits für Syrien angewendet: Washington hält al Assad für einen blutrünstigen Tyrannen, glaubt jedoch nicht, dass nach dessen Sturz ein moralisch besseres Regime nachfolgen wird. Amerika hat sich deshalb auf Beobachtung eingestellt und überlässt das Feld den Syrern und den Regionalmächten Iran, Türkei und Israel. Wie schon in Libyen und Ägypten verweigert die Obama-Regierung jetzt eben auch in Syrien Kosten und Risiko einer von Washington forcierten Militärlösung im Stil früherer Interventionen. Diese Art von Zurückhaltung nimmt langsam den Charakter einer Obama-Doktrin an: „allowing events to take their course.“⁸ Dies wird den Freunden und Alliierten Amerikas noch viel Kummer bereiten, denn diese neue, noch namenlose Doktrin wird die Machtmechanismen der internationalen Politik nachhaltig verändern. Und die noch vorsichtig als Obama-Doktrin bezeichnete strategische Wende hat sich aus den Zwängen und Nöten amerikanischer Außenpolitik geradezu von selbst entwickelt. Sie wird vermutlich erst nach ihrem Durchbruch auch so heißen.

ENDNOTEN

¹ Vgl. den diesbezüglichen Bericht der vielleicht internationalsten Zeitung der Welt, der *International Herald Tribune*. *The Global Edition of the New York Times*, 8.11.2012: „Studying the Past to Carve a Legacy. Dining with historians, Obama sought ideas for setting U.S. on new path.“

² In der liberalen *Washington Post* vom 7.11.2012 hieß das: „[...] while in 2008 his election was a vote for hope, in 2012 his re-election carries a guarantee of change.“

³ Experten sprechen von einer fünffachen internen Krise in den Bereichen Health, Safety, Education, Democracy und Equality. Siehe z. B. Howard Steven Friedman, *The Measure of a Nation. How to regain America's competitive edge and boost our global standing* (Amherst, NY 2012); Thomas L. Friedman, Michael Mandelbaum, *That Used to Be US. How America fell behind in the world it invented and how we can come back* (New York 2011).

⁴ Nach Philipp Bobbitt ist die internationale Staatengemeinschaft seit 1991 tendenziell in eine neue, zukünftig dominante Staatsformation, in die Ära des „market state“ eingetreten. Vgl. Philipp Bobbitt, *The Shield of Achilles. War, Peace, and the Course of History* (New York 2002).

⁵ Der geopolitische Futurologe George Friedman ist überzeugt, „the United States will be the dominant power in the coming century because of its overwhelming economic and military power.“ George Friedman, *The Next 100 Years. A forecast for the 21st century* (New York 2010), XV.

⁶ Siehe den militärstrategischen Leitfaden des Pentagon, „Sustaining U.S. Global Leadership: Priorities for 21st Century Defense“, Januar 2012.

⁷ George Friedman, *The Emerging Doctrine of the United States*. Stratfor-Analysis, 9.10.2012 (im Besitz des Autors).

⁸ Ibid. Diese strategische Wendehaltung könnte sich an dem ganz persönlichen Vorbild Obamas als US-Präsident, Abraham Lincoln, orientieren, eine Art „Illinois-connection“.